



Art. 95 UN-Charta



Court of the Human Beings (CHB) for Protection Power (PP) & CIA  
Atatürk Bulvarı [TR-06680] Ankara /TURKEY

**Restitutionsgericht**

**Zivilschutz der SCHUTZMACHT:**

Der europäische Gerichtshof für Menschenrechte [ECHR] darf bei festgestellten Menschenrechtverletzungen nicht in die innerstaatliche Justiz zurück verweisen, weil der Staat völkerrechtliche Kriegsverbrechen nicht selbst heilen kann, sondern dafür ist das Restitutionsgericht für Kriegs und Besatzung entstanden Fragen in punitive oder exemplar damage im Strafschadenersatz zuständig und verantwortlich. Im Recht versteht man unter punitive oder exemplary damage einen Strafschadenersatz, der dem Opfer über dem materiell erlittenen tatsächlichen Schaden hinaus immateriellen Schaden zuerkennt, und ist in UN-RES 56/83 in den Folgen der Staatenverantwortlichkeit bestimmt. Jede unmenschliche Behandlung löst eine Rechtsfolge der Restitution in Prävention und Obligation aus und bleibt so lange in der Erfüllungspflicht bestehen, bis die Beendigung der Restitution vollständig durchgeführt und die Nichtwiederholung vom Staat in Art. 3, 28-32 UN-RES 56/83 garantiert wird.

- Die Beurteilung der Handlung eines Staates als völkerrechtswidrig bestimmt sich nach dem Völkerrecht.
- Die völkerrechtliche Verantwortlichkeit eines Staates, die sich aus einer völkerrechtswidrigen Handlung ergibt, zieht die Rechtsfolgen der Restitution in Folge nach sich.
- Der für die völkerrechtswidrige Handlung verantwortliche Staat ist verpflichtet,
  - a) die Handlung, falls sie andauert, zu beenden;
  - b) angemessene Zusagen und Garantien der Nichtwiederholung zu geben, falls die Umstände dies erfordern.
- 1. Der verantwortliche Staat ist verpflichtet, volle Wiedergutmachung für den durch die völkerrechtswidrige Handlung verursachten Schaden zu leisten.
- 2. Der Schaden umfaßt jeden materiellen oder immateriellen Schaden, der durch die völkerrechtswidrige Handlung eines Staates verursacht worden ist.
- Der verantwortliche Staat kann sich nicht auf sein innerstaatliches Recht berufen, um die Nichterfüllung der in der Restitution obliegenden Verpflichtungen zu rechtfertigen.

Der Zweck ist

1. den Verbrecher für sein Verhalten zu bestrafen (Repression)
  2. den Verbrecher davon abzuhalten, dieses rechtswidrige Verhalten zu wiederholen (Spezialprävention);
  3. auch andere davon abzuhalten (Generalprävention).
- Strafschadenersatz wird grundsätzlich für außervertragliches und besonderes grob fahrlässiges oder vorsätzliches schuldhaftes Verhalten zuerkannt, insbesondere bei Straftaten nach dem Völkerstrafrecht als Kriegsverbrechen, denn der Mensch kann sich keine Menschenrechtverletzung beifügen.
  - Strafschadenersatz kann im Völkerstrafrecht nicht gemindert werden oder verjähren.

Für das Restitutionsgericht ist in Art. 146-149 genfer Abkommen IV - SR 0.518.51 der Zivilschutz der Schutzmacht zuständig und verantwortlich:

Völkermord und Verbrechen gegen die Menschlichkeit

§ 6 Völkermord

§ 7 Verbrechen gegen die Menschlichkeit

Kriegsverbrechen

§ 8 Kriegsverbrechen gegen Personen

§ 9 Kriegsverbrechen gegen Eigentum und sonstige Rechte

§ 10 Kriegsverbrechen gegen humanitäre Operationen und Embleme

§ 11 Kriegsverbrechen des Einsatzes verbotener Methoden der Kriegsführung

§ 12 Kriegsverbrechen des Einsatzes verbotener Mittel der Kriegsführung

Verbrechen der Aggression

§ 13 Verbrechen der Aggression

Sonstige Straftaten

§ 14 Verletzung der Aufsichtspflicht

§ 15 Unterlassen der Meldung einer Straftat

Anlage (zu § 8 Abs. 6 Nr. 1)

Die genfer Abkommen im Sinne des Völkerstrafrechtes sind:

- I. genfer Abkommen vom 12.08.1949 zur Verbesserung des Loses der Verwundeten und Kranken der Streitkräfte im Felde (BGBl. 1954 II S. 781, 783),
- II. genfer Abkommen vom 12.08.1949 zur Verbesserung des Loses der Verwundeten, Kranken und Schiffbrüchigen der Streitkräfte zur See (BGBl. 1954 II S. 781, 813),
- III. genfer Abkommen vom 12.08.1949 über die Behandlung der Kriegsgefangenen (BGBl. 1954 II S. 781, 838) und
- IV. genfer Abkommen vom 12. August 1949 zum Schutze von Zivilpersonen in Kriegszeiten (BGBl. 1954 II S. 781, 917).

Zusatzprotokoll I:

Zusatzprotokoll zu den genfer Abkommen vom 12.08.1949 über den Schutz der Opfer internationaler bewaffneter Konflikte (Protokoll I) vom 8.06.1977 (BGBl. 1990 II S. 1550, 1551).

Der ECHR ist selbst unvollkommen und rechtswidrig, insbesondere wegen der nicht wirksamen Beschwerdemöglichkeit, weil der europäische Gerichtshof für Menschenrechte nicht umfassend tätig ist.

- **Präventionsanzeige (Strafverfolgung), um**
  - 1. den Verantwortlichen für sein Verhalten zu bestrafen (Repression),**
  - 2. ihn davon abzuhalten, erneut dieses rechtswidrige Verhalten fort zu setzen (Spezialprävention) und**
  - 3. auch andere davon abzuhalten (Generalprävention).**
- **Restitutionsanzeige (Haftungsanzeige) zur Amnestie, um sämtliche immateriellen und materiellen Folgen einer**
  - **unerlaubten Handlung,**
  - **einer ungerechtfertigten Bereicherung,**
  - **einer Geschäftsführung ohne Auftrag ("Negotiorum gestio") oder**
  - **eines Verschuldens bei Vertragsverhandlungen ("Culpa in contrahendo")**

**als Schaden, Folgeschaden und Folgebeseitigungsschaden als Gesamtschaden in der Obligation (ROM-Statut, EGBGB) geltend zu machen.**

Für Strafschadenersatz ist das Restitutionsgericht zuständig und verantwortlich.

Das Restitutionsgericht wird vertraglich bindend und verpflichtend in Art. 149 genfer Abkommen IV - SR 0.518.51 benannt und im zwingenden Völkerrecht vorausgesetzt. Das oberste Bundesgericht, -als Restitutionsgericht-, ist:

- 1. öffentlich durch Beitritt der Staaten in das Abkommen verpflichtet,**
- 2. umfassend in der Prävention und in der Restitution zur Amnestie gebunden sowie**
- 3. obligatorisch ohne Zustimmung des beklagten Staates von Amts wegen tätig.**

Die obligatorische Feststellung ist augenblicklich sofort vollstreckbar zu richten (ad-hoc), so in Art. 1, 149 genfer Abkommen IV - SR 0.518.51, denn die Staaten haben sich verpflichtet,

"... das vorliegende Abkommen unter allen Umständen einzuhalten und seine Einhaltung durchzusetzen... Sobald die Verletzung festgestellt ist, sollen ihr die am Konflikt beteiligten Parteien ein Ende setzen und sie so rasch als möglich ahnden...".

Die Staatenverantwortlichkeit für völkerrechtswidrige Handlungen gegen Art. 73 UN-Charta löst als Kriegsverbrechen der Aggression gemäß UN-RES 56/83, Art. 142-149 genfer Abkommen IV - SR 0.518.51, Art. 95 UN-Charta in der Regel ausnahmslos die Prävention und Obligation zur Amnestie aus.

Die ausländischen, internationalen und supranationalen Gerichte sind keine Restitutionsgerichte.

ICC den HAAG International Criminal Court  
ICC International Chamber of Commerce  
ICC International Court of Arbitration  
EuGH - Gerichtshof der europäischen Union  
ECHR - europäischer Gerichtshof für Menschenrechte  
private Schlichtungsgerichte

Beispiel Internationalen Strafgerichtshof - nicht repräsentativ und nicht aktiv

41 Länder haben die römischen Verträge für Völkerstrafrecht nicht unterzeichnet, weitere 31 Länder die das Völkerstrafrecht unterzeichnet haben, haben die Verpflichtungen anschließend gar nicht ratifiziert, sind gar nicht in Kraft getreten und darunter waren Länder wie China, Rußland, USA, Indien. Also die Hälfte der Menschen, -die auf der Welt leben-, sind nicht geschützt. Bei diesen 31 Ländern waren USA und Rußland dabei, die die Verpflichtung zwar unterschrieben haben, aber in der Bedenkzeit ausgestiegen sind. Es ist völlig unüblich, daß die zwingende Verpflichtung im Völkerrecht in Abrede gestellt wird. Die USA haben innerstaatlich sogar ein "American Service members Protection Act" erfunden, um die Auslieferung von Kriegsverbrechern zum Beispiel in Afghanistan, Irak ... beim ICC nicht verfolgen zu lassen. Rußland hat nach 14 Jahren die Unterschrift vom Vertrag zurückgezogen.

Der Internationale Strafgerichtshof [ICC] hat über eine Milliarde Dollar für 4 Urteile gekostet, also 250 Millionen pro Entscheidung. Der ICC zerfällt, denn auch die afrikanische Union hat beschlossen auszutreten, nach dem Länder wie Burundi, Philippinen ... ausgetreten sind, denn gleiches Recht oder UN-Recht für alle, weil Gerechtigkeit funktioniert nur ohne Ausnahme, denn ein Strafgericht, die USA, Rußland, China oder Indien nicht anerkennen, ist völlig sinnlos.

Der Grund für das Scheitern dieses Strafgerichts ist das zwingende Völkerrecht selbst, weil national, international und supranational die Staaten im In-Sich-Geschäft den Zivilschutz nicht selbst machen können und dürfen. Dafür ist das Restitutionsgericht der Schutzmacht zuständig und verantwortlich. Alle Staaten sind zwar diesen nationalen, ausländischen, internationalen oder supranationalen Gerichten in Art. 92-94 UN-Charta nicht beigetreten, doch über das genfer Abkommen sind alle Verpflichtungsstaaten dem Schiedsgericht des Zivilschutzes der Schutzmacht in Kriegs und Besatzung entstanden Fragen des Völkerstrafrechts zwingend in der öffentlichen Rechtsordnung in den Regeln des UN-RES 56/83 in Art. 95 UN-Charta beigetreten.

### **Rubrum, Rechtswahl, Gerichtstand und Strafbarkeit - Art. 95 UN-Charta :**

Verpflichtung und Rechtbestimmung des zwingenden Vertrages

- Art. 1, 52 genfer Abkommen I - SR 0.518.12
- Art. 1, 53 genfer Abkommen II - SR 0.518.23
- Art. 1, 11, 104, 132 genfer Abkommen III - SR 0.518.42
- Art. 1, 12, 149 genfer Abkommen IV - SR 0.518.51

**Am 12.08.2020 ist der oberste Gerichtshof (Art. 95 UN-Charta) vom Zivilschutz durch das Landgericht STADE bestätigt worden.** Das Sozialgericht STADE hat am 14.12.2021 sowie am 25.03.2022 unter S 25 SV 7/22 als besonderes Verwaltungsgericht in § 1 SGG (Art. 20 (1) GG) des "Sozialstaates" Bundesrepublik Deutschland die Zuständigkeit an den CHB-ANKARA als Restitutionschutzgericht in der Zuständigkeit der Gerichtsstandsverpflichtung und Kuratorium bestätigt, nachdem 21 Tage zuvor der Zuständigkeitsbereich in §220 a StGB für die Justiz aufgehoben worden ist.

**Court of the Human Beings (CHB) for Protection Power (PP) & CIA  
Atatürk Bulvarı No:185, [TR-06680] Ankara /TURKEY**

In der Bundesrepublik Deutschland ist die Menschenrechtverletzung kein Straftatbestand. In der europäischen Union gibt es weder Finanzmittel noch Schutz für Menschenrechtverteidiger.

Als Regierungskriminalität werden Straftaten bezeichnet, die im Auftrag oder mit Duldung von Regierungen erfolgen. Die Aufklärung und Ahndung derartiger Regierungskriminalität ist durch eine Reihe von Sachverhalten und Behauptungen von Unzuständigkeit, Unverantwortlichkeit, Unwissenheit und Nichtwissenwollen erschwert.

So gilt auch im Rechtsstaat, daß die Regierungsmitglieder sowie Mitglieder der Parlamente immun gegen die eigene Gesetze sind und eine Motivation und Depression als natürliche Selbstregulierung nicht stattfinden kann.

In Diktaturen und Staaten, die nicht rechtsstaatlichen Ansprüchen genügen ist Regierungskriminalität an der Tagesordnung, da die rechtsstaatlichen und natürlichen Schutzmechanismen nicht bestehen und typischerweise erst dann eine Möglichkeit besteht, diese Straftaten zu verfolgen, wenn es zu einem Regimewechsel gekommen ist. So waren die nürnberg Prozesse eine Aufarbeitung der Verbrechen des nationalsozialistischen Regimes.

Es muß also ein Restitutionsgericht für völkerrechtliche Verbrechen geben, da sie der Verfassung innerstaatlich vorausgehen.

Das Hauptproblem ist, dass Regierungskriminalität in Diktaturen typischerweise durch das jeweilige zur Tatzeit gültige (und von der Diktatur selbst gesetzte) nationale Strafrecht keine Strafbarkeit der Handlungen der Regierung vorsieht (nullum crimen sine lege praevia, nulla poena sine lege (kein Verbrechen, keine Strafe ohne Gesetz)). Daher wird vielfach auf die völkerrechtliche Ächtung bestimmter schwerer Straftaten wie Völkermord oder Verbrechen gegen die Menschlichkeit abgehoben, doch wenn es passiert ist, dann ist keine für die Opfer zuständig und verantwortlich. Das Problem Regierungskriminalität kann nicht beendet und amnestiert werden, denn der völkerrechtliche Zivilschutz ist nicht da.

Keine Strafe ohne Gesetz, und weil in der Bundesrepublik Deutschland die Menschenrechtverletzung nicht strafbar ist, ist die Menschenrechtverletzung und in Folge der Völkermord nicht strafbar. Der Zivilschutz wird unter allen Umständen verhindert, der durch alle Staaten im genfer Abkommen in der Akzeptanz verpflichtet unterzeichnet wurde.

Auf internationaler Ebene wurde der Internationale Strafgerichtshof zur Ahndung von Regierungskriminalität geschaffen, doch dieser Gerichte sind keine Restitutionsgerichte, da sie nicht öffentlich, vollumfänglich immateriell und materiell und obligatorisch sind. Deswegen werden diese internationalen Gerichte ICC, ECHR, EuGH von vielen Staaten (darunter auch Rechtsstaaten) nicht anerkannt.

Ein mehrfach eingesetztes Instrument zur Aufarbeitung von Regierungskriminalität sind Wahrheitskommissionen des Zivilschutzes als regierungsunabhängige Organisationen.

Deswegen werden diese internationalen Gerichte ICC, ECHR, EuGH von vielen Staaten (darunter auch Rechtsstaaten) nicht anerkannt.

Ein mehrfach eingesetztes Instrument zur Aufarbeitung von Regierungskriminalität sind Wahrheitskommissionen des Zivilschutzes als regierungsunabhängige Organisationen.

In Art. 146-149 genfer Abkommen IV - SR 0.518.51 muß Menschenrechtverletzung ein Straftatbestand sein. Wortlaut:

#### **Wissen und Zuständigkeit:**

Die Staaten verpflichten sich, in Friedens- und in Kriegszeiten den Wortlaut des vorliegenden Abkommens in ihren Ländern im weitestmöglichen Ausmaß zu verbreiten und insbesondere sein Studium in die militärischen und wenn möglich zivilen Ausbildungsprogramme aufzunehmen, damit die Gesamtheit der Bevölkerung seine Grundsätze kennen lernen kann.

Die zivilen, militärischen, polizeilichen oder andern Behörden, die in Kriegszeiten eine Verantwortung in bezug auf geschützte Personen übernehmen, müssen den Wortlaut des Abkommens besitzen und über dessen Bestimmungen besonders unterrichtet werden.

#### **Strafbarkeit der Menschenrechtverletzung - Völkerstrafrecht im Staat**

Die Staaten verpflichten sich, alle notwendigen gesetzgeberischen Maßnahmen zur Festsetzung von angemessenen Strafbestimmungen für solche Personen zu treffen, die irgendeine der im folgenden Artikel umschriebenen schweren Verletzungen des vorliegenden Abkommens begehen oder zu einer solchen Verletzung den Befehl erteilen.

Jede Vertragspartei ist zur Ermittlung der Person verpflichtet, die der Begehung oder der Erteilung eines Befehles zur Begehung der einen oder andern dieser schweren Verletzungen beschuldigt sind und hat sie ohne Rücksicht auf ihre Staatsangehörigkeit vor ihre eigenen Gerichte zu ziehen. Wenn sie es vorzieht, kann sie sie auch gemäss den ihrer eigenen Gesetzgebung vorgesehenen Bedingungen zur Aburteilung einer andern an der Verfolgung interessierten Vertragspartei übergeben, sofern diese gegen die erwähnten Personen ausreichende Beschuldigungen nachgewiesen hat.

Jede Vertragspartei soll die notwendigen Maßnahmen ergreifen, um auch diejenigen Zuwiderhandlungen gegen die Bestimmungen des vorliegenden Abkommens zu unterbinden, die nicht zu den im folgenden Artikel umschriebenen schweren Verletzungen zählen.

## **strafbarer Verfolgungszwang**

Als schwere Verletzungen, wie sie im vorhergehenden Artikel erwähnt sind, gelten jene, die die eine oder andere der folgenden Handlungen umfassen, sofern sie gegen Personen oder Güter begangen werden, die durch das vorliegende Abkommen geschützt sind: vorsätzlicher Mord, Folterung oder unmenschliche Behandlung, einschließlich biologischer Experimente, vorsätzliche Verursachung großer Leiden oder schwere Beeinträchtigung der körperlichen Integrität der Gesundheit, ungesetzliche Deportation oder Versetzung, ungesetzliche Gefangenhaltung, Nötigung einer geschützten Person zur Dienstleistung in den bewaffneten Kräften der feindlichen Macht oder Entzug ihres Anrechts auf ein ordentliches und unparteiisches, den Vorschriften des vorliegenden Abkommens entsprechendes Gerichtsverfahren, das Nehmen von Geiseln sowie Zerstörung und Aneignung von Gut, die nicht durch militärische Erfordernisse gerechtfertigt sind und in großem Ausmaß auf unerlaubte und willkürliche Weise vorgenommen werden.

## **Verantwortlichkeit und Beihilfe**

Ein Staat kann weder sich selbst noch einen anderen Staat von den Verantwortlichkeiten befreien, die ihr selbst oder einem andern Staat auf Grund der im vorhergehenden Artikel erwähnten Verletzungen zufallen.

## **Restitutionsgericht - Amnestie Menschenwürde**

Auf Begehren einer am Konflikt beteiligten Partei (Opfer) soll gemäß einem zwischen den beteiligten Parteien festzusetzenden Verfahren eine Untersuchung eingeleitet werden über jede behauptete Verletzung des Abkommens.

Kann über das Untersuchungsverfahren keine Übereinstimmung erzielt werden, so sollen sich die Parteien über die Wahl eines Schiedsrichters einigen, der über das zu befolgende Verfahren zu entscheiden hat.

Sobald die Verletzung festgestellt ist, sollen ihr die am Konflikt beteiligten Parteien ein Ende setzen und sie so rasch als möglich ahnden.



## Quellenhinweise - zwingendes Völkerrecht in der öffentlichen Ordnung:

UN-RES A/RES/217, UN-DOC. 217/A-(III)

UN-RES 56/83 Staatenverantwortlichkeit

in Verbindung mit Art.73, 53, 107 UN-Charta; Treuhandbewaltung vom Feindstaat

UN-RES 43/225

UN-DOC A/C.5/43/18

UN-RES A/66/462/Add.2

UN-A/RES/53/144

UN-A/RES/53/625/Add. ,

UN-DOC A/C.5/43/18 und UN/RES 66/164

in Verbindung mit Art. 95 UN-Charta,

Art. 1, 142, 144 genfer Abkommen IV – SR 0.518.51 - EU-RES 2009-C303-06

genfer Abkommen IV - SR 0.518.51 – Zivilschutz

in Verbindung mit Art. 146-149 genfer Abkommen IV – SR 0.518.51

im Zuständigkeit des Völkerstrafrechtes

VStGB – Völkerstrafgesetzbuch - zwingendes Völkerstrafrecht

UN-RES A-RES 66/164

- Menschenrechtskommissare, Menschenrechtverteidiger, Menschenrechtbeistände

UN-DOC E/CN.4/2000/62 -

Recht der Opfer schwerer Verletzungen der Menschenrechte und Grundfreiheiten auf Restitution, Entschädigung und Rehabilitierung

- Richtlinien 2012/29/EU des europäischen Parlamentes und Rates vom 25.10.2012 über Mindeststandards für die Rechte, die Unterstützung und den Schutz von Opfern von Straftaten sowie zur Ersetzung des Rahmenbeschlusses 2001/220/JI
- UN-DOC E/CN.4/2000/62 -  
Recht der Opfer schwerer Verletzungen der Menschenrechte und Grundfreiheiten auf Restitution, Entschädigung und Rehabilitierung
- UN-RES A-RES 66/165 und E/CN.4/1998/53/Add.2 - Binnenflüchtlinge
- UN-RES A-RES 66/166 Minderheitenschutz
- Regeln der Staatenverantwortlichkeit UN-RES 56/83
- und im anwendbaren Zivilschutz des genfer Abkommens IV - SR 0.518.51 des zwingenden Völkerrechtes im öffentlichen Recht

sowie in den öffentlichen Ordnungsregeln der ROM-Statuten (Art. 6, 38-42 EGBGB)

- warschauer Aktionsplan von 2005 Good Governance gegen Armut bei Staatsversagen.  
**Förderung der Grundwerte von Menschenrecht, Rechtstaatlichkeit und Demokratie**  
Ständige Vertreter der Außenminister, CM Dokumente, CM(2005)80 final 17. Mai 2005  
[https://www.coe.int/t/dcr/summit/20050517\\_plan\\_action\\_de.asp](https://www.coe.int/t/dcr/summit/20050517_plan_action_de.asp)

genfer Abkommen I-IV v. 12.08.1945 und Zusatzprotokolle

Völkerstrafrecht - ROM STATUT

AEMR = Allgemeine Erklärung der Menschenrechte v. 10.12.1948

IPBPR = Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte v. 19.12.1966

EMRK = Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten v. 4.11.1950

EcoSoC = Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte v. 19.12.1966

liehene“ zwar der Luftfahrzeugführer (§ 29 Abs.3 LuftVG; so auch BGH NJW 1983, 448) und der Seeschiffskapitän (§ 106 SeemannsG), nicht aber Betriebspersonal von Omnibussen (etwa wegen § 14 BOKraft). Zu Sportvereinen, die Sportbootführerscheine ausstellen, vgl. VG München v. 12.12.1984, BayVBl. 86, 732. Nicht „Beliehen“ ist privater Betreiber einer *Abfalldeponie* aufgrund § 3 Abs.2, 4 AbfG (BaWüVGH v. 11.9.1984, NVwZ 85, 437), private *Auskunftei* bzgl. des Datenschutzes (OVG Münster v. 30.9.1980, GewArch. 81, 124).

116 b) **Besatzungsmacht.** Eine *Zurechnung* kann *nur* vorgenommen werden, wenn die *Tätigkeit* der Behörde auf Willensäußerungen *des Staates* rückführbar ist. Ein – der Anfechtungsklage unterliegender – Verwaltungsakt ist mithin nur gegeben, soweit ein Sachverhalt *kraft eigener Autorität* des Staates geregelt wird. Auch die *Gerichtbarkeit reicht* (räumlich und sachlich) *nicht weiter als* die sie tragende *Staatsgewalt* (vgl. OGH BZ v. 31.3.1949, NJW 49, 502, und BVerfG v. 18.10.1967, DVBl. 68, 466).

117 An der eigenen Autorität fehlt es, wenn an die Stelle der Staatsgewalt unmittelbar eine *übergeordnete Gewalt* tritt; im übrigen wäre hier der Verwaltungsrechtsweg schon wegen fehlender deutscher Gerichtbarkeit schlechthin ausgeschlossen. Akte der *früheren Militärregierungen* (vgl. dazu die ausdrückliche Vorschrift in Art. VI MRG Nr.2, ferner SJZ 48, 779) und der *Hohen Kommission* sind daher keine Verwaltungsakte im Sinne des § 42 (gegenüber einer Anordnung der Besatzungsmacht war auch die Berufung auf ein *Grundrecht* der Verfassung *ausgeschlossen*, da Befehle der Besatzungsmacht der Verfassung vorgingen; BayVerfGH v. 12.4.1948, VRspr. 1 Nr.3). Auch heute noch sind die *deutschen Gerichte durch Art. 2 Abs. 1 des Überleitungsvertrages* i. d. F. v. 30.3.1955 (BGBl. II S.301/405) daran *gebindert*, Maßnahmen der Besatzungsmacht auch nur *incidenter* für rechtswidrig zu erklären (BVerwG v. 1.3.1968, VRspr. 19 Nr.202).

118 Die eigene *Autorität* des Staates wird *nicht* dadurch *aufgehoben*, daß Verwaltungsakte auf Normen zurückzuführen sind, zu deren *Setzung* der Staat auf Grund etwa eines *Staatsvertrages* völkerrechtlich *verpflichtet* war. Diese Verpflichtung ergab sich aus Willensentschluß des Staates. Gegen die fraglichen Verwaltungsakte ist mithin Anfechtungsklage in vollem Umfang zulässig.

119 Der Rechtsschutz gegen Akte von *Organen der Europäischen Gemeinschaften* ist im *Anhang zu § 40* – Auswirkungen des Europäischen Gemeinschaftsrechts auf das Verfahren nach der VwGO – eingehend behandelt. Zu Verwaltungsakten der *Religionsgemeinschaften* vgl. RdNr. 82 ff. zu § 40.

120 IV. Der *Kläger* – gilt *auch* für den *Berufungsführer*, BVerwG v. 5.7.1974, NJW 75, 550 (dazu Bühren, JuS 76, 512) – *muß* – substantiiert, vgl. BaWüVGH in VRspr. 10 Nr.156 – „*geltend machen*“, durch den Verwaltungsakt oder seine Ablehnung oder Unterlassung „in seinen Rechten verletzt zu sein“, also *durch ein rechtswidriges Tun oder Unterlassen* der öffentlichen Hand *beschwert zu sein*. Über Klagebefugnis von *Behörden* s. RdNr. 9 a zu § 61.

## RATIFIKATION - RATIFICATION

Art. 155 genfer Abkommen IV - Geneva Agreement IV - SR 0.518.51

### **BEITRITTSCHUTZURKUNDE - ACCESSION PROTECTION CERTIFICATE**

von - from

**Prof. Mustafa-Selim SÜRMELEI - EGMR / ECHR 75529/01**

als - as

**SCHUTZMACHT (Zivilschutz) - PROTECTIVE POWER (civil protection)**

**im öffentlich-zwingenden Völkerrecht - in mandatory public international law**



für das - for the

- genfer Abkommen I - Geneva Agreement I - SR 0.518.12
- genfer Abkommen II - Geneva Agreement II - SR 0.518.23
- genfer Abkommen III - Geneva Agreement III - SR 0.518.42
- genfer Abkommen IV - Geneva Agreement IV - SR 0.518.51  
und Zusatzprotokolle - and additional protocols

in Verbindung mit der Staatenverantwortlichkeit - in connection with state responsibility

**UN-RES 56/83**

**Zertifizierung und Ratifikation im Völkerrecht**

**Beweisurkunden mit absoluter Beweiskraft**

**wiener Abkommen - Diplomatie:**

**Landesnotar Egmont BILZHAUSE jun., STADE, Urkunde 247/2020 vom 07.07.2020**

**haager Abkommen - Apostille:**

**Landgericht STADE, Apostille 9191 a 119– 133 /2020**

**als Beitritt in die genfer Abkommen durch Ratifikation:**

**SR 0.518.12, SR - 0.518.23, SR - 0.518.42, SR - 0.518.51**

**Beweis: Zustellungsurkunden - Art. 155-159 - SR - 0.518.51**

**BRD: RT963984265DE = RJ000105726DE und CH: 98.40.472361.14618493**

# **RATIFIKATION - RATIFICATION**

Art. 155 genfer Abkommen IV - Geneva Agreement IV - SR 0.518.51

## **BEITRITTSCHUTZURKUNDE - ACCESSION PROTECTION CERTIFICATE**

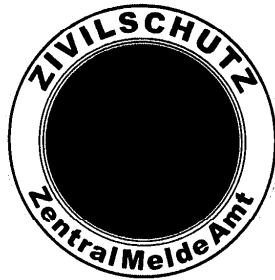
von - from

**Prof. Mustafa-Selim SÜRMELEI - EGMR / ECHR 75529/01**

als - as

**SCHUTZMACHT (Zivilschutz) - PROTECTIVE POWER (civil protection)**

**im öffentlich-zwingenden Völkerrecht - in mandatory public international law**



für das - for the

- genfer Abkommen I - Geneva Agreement I - SR 0.518.12
- genfer Abkommen II - Geneva Agreement II - SR 0.518.23
- genfer Abkommen III - Geneva Agreement III - SR 0.518.42
- genfer Abkommen IV - Geneva Agreement IV - SR 0.518.51  
und Zusatzprotokolle - and additional protocols

in Verbindung mit der Staatenverantwortlichkeit - in connection with state responsibility  
**UN-RES 56/83**

**Seiten 2 - 19 deutsch**  
**Pages 20 - 37 english**  
**Unterschrift - signature 38**

**Es gilt für Übersetzungen der Originaltext zum Abgleich in deutscher Sprache.**  
**The original text for comparison in German applies to translations.**

## RATIFIKATION - RATIFICATION

Art. 155 genfer Abkommen IV - Geneva Agreement IV - SR 0.518.51  
zur Rechtdurchsetzung - for law enforcement

### BEITRITTSCHUTZURKUNDE - ACCESSION PROTECTION CERTIFICATE

von - from

Prof. Mustafa-Selim SÜRMELEI - EGMR / ECHR 75529/01

als - as


SCHUTZMACHT (Zivilschutz) - PROTECTIVE POWER (civil protection)

#### Eidesformel - Beitritt als Schutzmacht im Zivilschutz (genfer Abkommen)

Ich schwöre im Bewußtsein Meiner Verantwortung vor dem Schöpfer und der Schöpfung als Recht schaffener Mensch, vom Willen beseelt, als gleichberechtigter Mensch des Heiligen Volkes im Menschsein, dem Frieden der Welt auf Erden zu dienen, neben Meinem Recht die Pflichten eines ehrenamtlichen Richters getreu dem Zivilschutz, -getreu dem zwingenden Völkerrecht-, zu erfüllen, nach bestem Wissen und Gewissen ohne Ansehen des Menschen oder der Person zu urteilen und nur der Wahrheit und Gerechtigkeit zu dienen, daß Ich Meine Kraft dem Wohle der Menschheit widmen, seinen Nutzen mehren, um Schaden von der Menschheit abzuwenden, den Zivilschutz wahren und verteidigen, die Pflichten im zwingenden Völkerrecht gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegen jedermann üben werde, so wahr mir der Schöpfer im Schöpferbund des Heiligen Volkes helfe.

#### Oath formula - Accession as a protective power in civil protection (Geneva Convention)

I swear in the awareness of My responsibility before the Creator and creation as a righteous man, inspired by the will to serve as an equal man of the Holy People in humanity, to serve the peace of the world on earth, besides My right the duties of an honorary judge faithful to civil protection, -to comply with the mandatory international law, to carry out, to judge to the best of my knowledge and conscience without regard to man or the person, and to serve only truth and justice, that I dedicate My strength to the good of humanity, increase its benefits, to avert harm from humanity, maintain and defend civil protection, conscientiously fulfill the duties of mandatory international law and exercise justice against everyone, as the Creator will help me in the Creator League of the Holy People.

Stade, 02.07.2020 

**Unterschrift ohne Rechtsverlust - Signature without loss of rights**

ben, 02.07.2020, Mustafa-Selim SÜRMELEI – Prof. ultra vires in ordre public des ius gentium  
Rechtstitelträger ECHR 75529/012, Art. 53, 59 EMRK, Madde 24 (3), 25 GG  
Akademie Menschenrecht - nds. Ministerium für Wissenschaft und Kultur - 24-71109/2 - 4/15  
Leitung: Prof. Mustafa-Selim SÜRMELEI, ECHR 75529/01  
Art. 19 (3) Grundrecht, Art. 1-2 ÜLV - BVerfGE 1 BvR 1766/2015 Grundrechtberechtigung

ben, July 02, 2020, Mustafa-Selim SÜRMELEI - Prof. ultra vires in ordre public des ius gentium  
Legal title holder ECHR 75529/012, Art. 53, 59 ECHR, Madde 24 (3), 25 GG  
Akademie Menschenrecht - nds. Ministry of Science and Culture - 24-71109 / 2 - 4/15  
Head: Prof. Mustafa-Selim SÜRMELEI, ECHR 75529/01  
Art. 19 (3) fundamental right, Art. 1-2 ÜLV - BVerfGE 1 BvR 1766/2015 fundamental rights

Urkundenrolle Nr. 247/2020

Vorstehende, eigenhändig vor mir vollzogene Unterschrift

des Herrn Mustafa Selim Sürmeli, geb. am 20.10.1962 in Amasya/Türkei,  
wohnhaft Bielfeldweg 26, 21682 Stade,  
ausgewiesen durch Reisepass Nr. U 02845829,

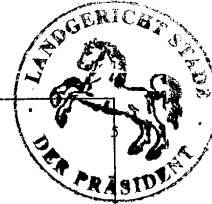
beglaubige ich hiermit.

Der Reisepass des Beteiligten wurde mit seinem Einverständnis kopiert.  
Der Notar fragte nach einer Vorbefassung im Sinne von § 3 Abs. 1 Nr. 7 BeurkG.  
Sie wurde von dem Beteiligten verneint.

Stade, den 02. Juli 2020

  
Notar





## Apostille

(Convention de La Haye du 5 octobre 1961)

1. Land: Bundesrepublik Deutschland  
Diese öffentliche Urkunde
2. ist unterschrieben von Egmont Bilzhouse
3. in seiner Eigenschaft als Notar
4. sie ist versehen mit dem Siegel des  
Notars Egmont Bilzhouse in Stade

## Bestätigt

5. in D-21656 Stade
6. am 09.07.2020
7. durch den Präsidenten des Landgerichts
8. unter Nr. 9101 a 119 - 133/2020
9. Siegel
10. Unterschrift  
In Vertretung



*Grabbe*  
\_\_\_\_\_  
(Birgit Grabbe)

JV 110 Apostille (9.82)





Art. 95 UN-Charta



Court of the Human Beings (CHB) for Protection Power (PP) & CIA  
Atatürk Bulvarı [TR-06680] Ankara /TURKEY

### Restitutionschutzgericht - Liste Verpflichtungsstaaten

Vollzug: - [www.eda.admin.ch/vertraege](http://www.eda.admin.ch/vertraege)

Geltungsbereich der vier zwingenden Abkommen im Völkerrecht

SR 0.518.12 (Abk. I), 0.518.23 (Abk. II), 0.518.42 (Abk. III), 0.518.51 (Abk. IV)

Vertragsstaaten	Ratifikation Beitritt (B) Nachfolge- erklärung (N)		Inkrafttreten	
Afghanistan	26. September	1956	26. März	1957
Ägypten	10. November	1952	10. Mai	1953
Albanien*	27. Mai	1957	27. November	1957
Algerien	20. Juni	1960 B	20. Dezember	1960
Andorra	17. September	1993 B	17. März	1994
Angola*	20. September	1984 B	20. März	1985
Antigua und Barbuda	6. Oktober	1986 N	1. November	1981
Äquatorialguinea	24. Juli	1986 B	24. Januar	1987
Argentinien	18. September	1956	18. März	1957
Armenien	7. Juni	1993 B	7. Dezember	1993
Aserbaidshan	1. Juni	1993 B	1. Dezember	1993
Äthiopien	2. Oktober	1969	2. April	1970
Australien**	14. Oktober	1958	14. April	1959
Bahamas	11. Juli	1975 N	10. Juli	1973
Bahrain	30. November	1971 B	30. Mai	1972
Bangladesch	4. April	1972 N	26. März	1971



Barbados	10. September	1968 N	30. November	1966
Belarus	3. August	1954	3. Februar	1955
Belgien	3. September	1952	3. März	1953
Belize	29. Juni	1984 B	29. Dezember	1984
Benin	14. Dezember	1961 N	1. August	1960
Bhutan	10. Januar	1991 B	10. Juli	1991
Bolivien	10. Dezember	1976	10. Juni	1977
Bosnien und Herzegowina	31. Dezember	1992 N	6. März	1992
Botsuana	29. März	1968 B	29. September	1968
Brasilien	29. Juni	1957	29. Dezember	1957
Brunei	14. Oktober	1991 B	14. April	1992
Bulgarien	22. Juli	1954	22. Januar	1955
Burkina Faso	7. November	1961 N	5. August	1960
Burundi	27. Dezember	1971 N	1. Juli	1962
Chile	12. Oktober	1950	12. April	1951
China*	28. Dezember	1956	28. Juni	1957
Hongkong	14. April	1999	1. Juli	1997
Macao	31. Mai	2000	20. Dezember	1999
Cook-Inseln	7. Mai	2002 N	11. Juni	2001
Costa Rica	15. Oktober	1969 B	15. April	1970
Côte d'Ivoire	28. Dezember	1961 N	7. August	1960
Dänemark	27. Juni	1951	27. Dezember	1951
Deutschland	3. September	1954 B	3. März	1955
Dominica	28. September	1981 N	3. November	1978
Dominikanische Republik	22. Januar	1958 B	22. Juli	1958
Dschibuti	26. Januar	1978 N	27. Juni	1977
Ecuador	11. August	1954	11. Februar	1955
El Salvador	17. Juni	1953	17. Dezember	1953
Eritrea	14. August	2000 B	14. August	2000

Estland	18. Januar	1993 B	18. Juli	1993
Fidschi	9. August	1971 N	10. Oktober	1970
Finnland	22. Februar	1955	22. August	1955
Frankreich	28. Juni	1951	28. Dezember	1951
Gabun	20. Februar	1965 N	17. August	1960
Gambia	11. Oktober	1966 N	18. Februar	1965
Georgien	14. September	1993 B	14. März	1994
Ghana	2. August	1958 B	2. Februar	1959
Grenada	13. April	1981 N	7. Februar	1974
Griechenland	5. Juni	1956	5. Dezember	1956
Guatemala	14. Mai	1952	14. November	1952
Guinea	11. Juli	1984 B	11. Januar	1985
Guinea-Bissau*	21. Februar	1974 B	21. August	1974
Guyana	22. Juli	1968 N	26. Mai	1966
Haiti	11. April	1957 B	11. Oktober	1957
Heiliger Stuhl	22. Februar	1951	22. August	1951
Honduras	31. Dezember	1965 B	30. Juni	1966
Indien	9. November	1950	9. Mai	1951
Indonesien	30. September	1958 B	30. März	1959
Irak	14. Februar	1956 B	14. August	1956
Iran*	20. Februar	1957	20. August	1957
Irland	27. September	1962	27. März	1963
Island	10. August	1965 B	10. Februar	1966
Israel*	6. Juli	1951	6. Januar	1952
Italien	17. Dezember	1951	17. Juni	1952
Jamaika	17. Juli	1964 N	6. August	1962
Japan	21. April	1953 B	21. Oktober	1953
Jemen	16. Juli	1970 B	16. Januar	1971
Jordanien	29. Mai	1951	29.	1951

		B	November	
Kambodscha	8. Dezember	1958 B	8. Juni	1959
Kamerun	16. September	1963 N	1. Januar	1960
Kanada*	14. Mai	1965	14. November	1965
Kap Verde	11. Mai	1984 B	11. November	1984
Kasachstan	5. Mai	1992 N	21. Dezember	1991
Katar	15. Oktober	1975 B	15. April	1976
Kenia	20. September	1966 B	20. März	1967
Kirgisistan	18. September	1992 N	21. Dezember	1991
Kiribati	5. Januar	1989 N	12. Juli	1979
Kolumbien	8. November	1961	8. Mai	1962
Komoren	21. November	1985 B	21. Mai	1986
Kongo (Brazzaville)	30. Januar	1967 N	15. August	1960
Kongo (Kinshasa)	20. Februar	1961 N	30. Juni	1960
Korea (Nord-)*	27. August	1957 B	27. Februar	1958
Korea (Süd-)*	16. August	1966 B	23. September	1966
Kroatien	11. Mai	1992 N	8. Oktober	1991
Kuba	15. April	1954	15. Oktober	1954
Kuwait	2. September	1967 B	2. März	1968
Laos	29. Oktober	1956 B	29. April	1957
Lesotho	20. Mai	1968 N	4. Oktober	1966
Lettland	24. Dezember	1991 B	24. Juni	1992
Libanon	10. April	1951	10. Oktober	1951
Liberia	29. März	1954 B	29. September	1954
Libyen	22. Mai	1956 B	22. November	1956
Liechtenstein	21. September	1950	21. März	1951
Litauen	3. Oktober	1996 B	3. April	1997
Luxemburg	1. Juli	1953	1. Januar	1954

Madagaskar	13. Juli	1963 N	26. Juni	1960
Malawi	5. Januar	1968 B	5. Juli	1968
Malaysia	24. August	1962 B	24. Februar	1963
Malediven	18. Juni	1991 B	18. Dezember	1991
Mali	24. Mai	1965 B	24. November	1965
Malta	22. August	1968 N	21. September	1964
Marokko	26. Juli	1956 B	26. Januar	1957
Marshallinseln	1. Juni	2004 B	1. Dezember	2004
Mauretanien	27. Oktober	1962 N	28. November	1960
Mauritius	18. August	1970 N	12. März	1968
Mazedonien*	1. September	1993 N	8. September	1991
Mexiko	29. Oktober	1952	29. April	1953
Mikronesien	19. September	1995 B	19. März	1996
Moldau	24. Mai	1993 B	24. November	1993
Monaco	5. Juli	1950	5. Januar	1951
Mongolei	20. Dezember	1958 B	20. Juni	1959
Montenegro	2. August	2006 B	2. Februar	2007
Mosambik	14. März	1983 B	14. September	1983
Myanmar	25. August	1992 B	25. Februar	1993
Namibia	22. August	1991 N	21. März	1990
Nauru	27. Juni	2006 B	27. Dezember	2006
Nepal	7. Februar	1964 B	7. August	1964
Neuseeland**	2. Mai	1959	2. November	1959
Nicaragua	17. Dezember	1953	17. Juni	1954
Niederlande	3. August	1954	3. Februar	1955
Aruba	3. August	1954	3. Februar	1955
Curaçao	3. August	1954	3. Februar	1955
Karibische Gebiete (Bonaire, Sint Eustatius und Saba)	3. August	1954	3. Februar	1955

Sint Maarten	3. August	1954	3. Februar	1955
Niger	16. April	1964 N	3. August	1960
Nigeria	9. Juni	1961 N	1. Oktober	1960
Norwegen	3. August	1951	3. Februar	1952
Oman	31. Januar	1974 B	31. Juli	1974
Österreich	27. August	1953	27. Februar	1954
Pakistan*	12. Juni	1951	12. Dezember	1951
Palästina	2. April	2014 B	2. April	2014
Palau	25. Juni	1996 B	25. Dezember	1996
Panama	10. Februar	1956 B	10. August	1956
Papua-Neuguinea	26. Mai	1976 N	16. September	1975
Paraguay	23. Oktober	1961	23. April	1962
Peru	15. Februar	1956	15. August	1956
Philippinen				
Abk. I	7. Februar	1951	7. September	1951
Abk. II-IV	6. Oktober	1952	6. April	1953
Polen	26. November	1954	26. Mai	1955
Portugal*	14. März	1961	14. September	1961
Ruanda	21. März	1964 N	1. Juli	1962
Rumänien	1. Juni	1954	1. Dezember	1954
Russland*	10. Mai	1954	10. November	1954
Salomoninseln	6. Juli	1981 N	7. Juli	1978
Sambia	19. Oktober	1966 B	19. April	1967
Samoa	23. August	1984 N	1. Januar	1962
San Marino	29. August	1953 B	28. Februar	1954
São Tomé und Príncipe	21. Mai	1976 B	21. November	1976
Saudi-Arabien	18. Mai	1963 B	18. November	1963
Schweden	28. Dezember	1953	28. Juni	1954
Schweiz	31. März	1950	21. Oktober	1950
Senegal	23. April	1963 N	20. Juni	1960
Serbien	16. Oktober	2001	27. April	1992

		N		
Seychellen	8. November	1984 B	8. Mai	1985
Sierra Leone	31. Mai	1965 N	27. April	1961
Simbabwe	7. März	1983 B	7. September	1983
Singapur	27. April	1973 B	27. Oktober	1973
Slowakei*	2. April	1993 N	1. Januar	1993
Slowenien	26. März	1992 N	25. Juni	1991
Somalia	12. Juli	1962 B	12. Januar	1963
Spanien	4. August	1952	4. Februar	1953
Sri Lanka				
Abk. I-III	28. Februar	1959	28. August	1959
Abk. IV	23. Februar	1959 B	23. August	1959
St. Kitts und Nevis	14. Februar	1986 N	19. September	1983
St. Lucia	18. September	1981 N	22. Februar	1979
St. Vincent und die Grenadinen	1. April	1981 B	1. Oktober	1981
Südafrika	31. März	1952 B	30. September	1952
Südsudan	25. Januar	2013 B	25. Januar	2013
Sudan	23. September	1957 B	23. März	1958
Suriname*	13. Oktober	1976 N	25. November	1975
Swasiland	28. Juni	1973 B	28. Dezember	1973
Syrien	2. November	1953	2. Mai	1954
Tadschikistan	13. Januar	1993 N	21. Dezember	1991
Tansania	12. Dezember	1962 N	9. Dezember	1961
Thailand	29. Dezember	1954 B	29. Juni	1955
Timor-Leste	8. Mai	2003	8. November	2003
Togo	6. Januar	1962	27. April	1960
Tonga	13. April	1978 N	4. Juni	1970
Trinidad und Tobago				
Abk. I	17. Mai	1963	17.	1963

		B	November	
Abk. II-IV	24. September	1963 B	24. März	1964
Tschad	5. August	1970 B	5. Februar	1971
Tschechische Republik	5. Februar	1993 N	1. Januar	1993
Tunesien	4. Mai	1957 B	4. November	1957
Türkei	10. Februar	1954	10. August	1954
Turkmenistan	10. April	1992 N	26. Dezember	1991
Tuvalu	19. Februar	1981 N	1. Oktober	1978
Uganda	18. Mai	1964 B	18. November	1964
Ukraine	3. August	1954	3. Februar	1955
Ungarn*	3. August	1954	3. Februar	1955
Uruguay*	5. März	1969	5. September	1969
Usbekistan	8. Oktober	1993 B	8. April	1994
Vanuatu	27. Oktober	1982 B	27. April	1983
Venezuela	13. Februar	1956	13. August	1956
Vereinigte Arabische Emirate	10. Mai	1972 B	10. November	1972
Vereinigte Staaten* **	2. August	1955	2. Februar	1956
Vereinigtes Königreich* **	23. September	1957	23. März	1958
Vietnam*	28. Juni	1957 B	28. Dezember	1957
Zentralafrikanische Republik	1. August	1966 N	13. August	1960
Zypern	23. Mai	1962 B	23. November	1962